

FREIHEIT, GLEICHHEIT UND BRÜDERLICHKEIT  
IM WALLISER STAATS- UND VERWALTUNGSRECHT  
1798 BIS 1848

*von Martin Arnold*

*1. Einleitung*

Die Französische Revolution verfolgte als Hauptziele die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sowie der Volkssouveränität. Vorrechte aufgrund von Geburt oder Unterdrückung sollten, da alle Menschen von Natur aus frei und gleich sind, aufgehoben werden. Die Herrschaftsausübung der ständischen Hierarchien sollte beseitigt, die korporativen Strukturen sowie der Feudalismus überwunden und eine parlamentarische Demokratie verwirklicht werden. Die Macht des Staates sollte durch die Gewährleistung der Menschen- bzw. Freiheitsrechte und die Gewaltentrennung begrenzt werden.

Der Liberalismus versuchte die Umgestaltung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Ancien Régime auch auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen und zu sichern. Der Machbarkeits- und Gesetzesglaube der liberalen Revolutionäre kam besonders gut in dem vom frankreichfreundlichen Basler Oberzunftmeister Peter Ochs formulierten Entwurf der Ersten Helvetischen Verfassung zum Ausdruck. Begeistert schrieb Ochs zur Rolle des Gesetzes in Ziffer 3 unter den «Principes fondamentaux»:

«La loi est l'expression de la volonté du législateur déterminé par la constitution. Il n'a pour but que le bien public présent et à venir. Il a la raison seul pour guide. Il s'environne des plus sages. Il délibère avec maturité. Il n'est point esclave de l'opinion publique,

mais il la consulte et la pèse, soit pour s'y conformer soit pour la rectifier.»<sup>1</sup>

Die Erste Helvetische Verfassung formulierte dann das Rechtsstaatsprinzip in Ziffer 3 weniger pathetisch:

«La loi est l'expression de la volonté du législateur, manifestée suivant les formes constitutionnelles.»<sup>2</sup>

Die Revolutionäre waren der Ansicht, dass die Revolutionsideale bei einer politischen Elite besser als beim Gesamtsouverän aufgehoben seien. Sie tendierten daher eher auf ein repräsentatives als auf ein direktdemokratisches System, wie wir es in der Schweiz heute kennen.

Im folgenden ist zu untersuchen, wie die Revolutionsideale im Wallis "umgesetzt", also in Gesetze überführt wurden. Die Darstellung beschränkt sich dabei auf das öffentliche Recht (wie das Bürgerrecht, die Volkssouveränität und das Stimm- und Wahlrecht sowie die Freiheitsrechte) und lässt das Privat- und Strafrecht auf der Seite, das im vorliegenden Band von Prof. Louis Carlen dargestellt wird.

Die Revolution fegte 1798 das Ancien Régime auch in der Alten Landschaft Wallis weg. Die Walliser Revolutionäre wollten dem Wallis eine eigene revolutionäre Verfassung geben. Das Vorhaben wurde nicht realisiert. Das Wallis schloss sich bis 1802 der Helvetischen Republik an. Diese war ein instabiler und durch kriegereische Ereignisse zerrütteter Zentralstaat, der bereits nach sechs Jahren scheiterte. In diesem Zeitraum (1798–1803) bahnte sich aber vieles an, das im Verlaufe des 19. Jahrhunderts verwirklicht wurde (wie die Gleichberechtigung der Bürger, die Gewaltentrennung, das allgemeine Wahlrecht, die Glaubens- und Pressefreiheit, das öffentliche Schulwesen, die Trennung von Kirche und Staat, eine gleichmässige Steuerpflicht, der Gemeindedualismus, der jedem Schweizer das politische Stimm- und Wahlrecht in seiner Wohnsitzgemeinde zugesteht).

Von 1802 bis 1810 war das Wallis wiederum eine selbständige, wenn auch unter starkem französischem Einfluss stehende Republik. Ab 1810 gehörte es als «Département du Simplon» zu Frankreich. 1815 wurde es wieder eigenstaatlich und schloss sich der Eidgenossenschaft an, die damals noch ein blosser Staatenbund war und erst 1848 zum Bundesstaat wurde.

---

1 Vgl. *Markus Christoph Boeglin*, Entstehung und Grundsätze der ersten Helvetischen Verfassung im Lichte des Einflusses der Autorschaft von Peter Ochs und Bemerkungen zur Frage der Gegenwartsbedeutung der Prinzipien der Volkssouveränität, Repräsentation und Gewaltenteilung, Diss. Basel 1979 (Maschinenschrift), S. 157f.

2 *Boeglin* (Anm. 1), S. 180.

## 2. Die beiden Verfassungsentwürfe von 1798 für die Republik Wallis

Seit dem Mittelalter war das Unterwallis Untertanengebiet der sieben Oberen Zenden, zu denen auch Siders und Sitten gehörten. Die Zenden oder Zehnen waren die Vorläufer der heutigen Bezirke, die allerdings nicht mehr eigene staatliche Gebilde, sondern nur noch Verwaltungs- und Wahlkreise sind. Nachdem die Gesandten der Unterwalliser Gemeinden das Unterwallis im Gefolge der Französischen Revolution am 29. Januar 1798 für unabhängig erklärt hatten, verzichtete der Landrat am 1. Februar 1798 auf die Souveränität der sieben Zenden des Oberwallis über das Unterwallis und erhielt so die staatliche Einheit.<sup>3</sup> Damit war dem Unterwallis Freiheit und Gleichheit zuerkannt. Die Unterwalliser verlangten die Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte, die Abschaffung von Vorrechten der Geburt, der Aristokratie und jeglicher Untertanenverhältnisse, den Rückkauf der Feudallasten, den Verzicht des Bischofs auf seine Souveränitätsrechte und schliesslich die Schaffung einer Verfassung durch einen ausserordentlichen Landrat in St. Maurice.<sup>4</sup> Zudem stellte sich die Frage, ob das Wallis Teil der Helvetischen Republik werden sollte. Die Unterwalliser Revolutionäre wollten, dass das Wallis ein unabhängiger Staat bleibt, der eine ähnliche Verfassung wie die Helvetische Republik haben sollte. Bereits am 24. Februar 1798 lag der erste Entwurf vor. Für die Eigenstaatlichkeit führten die Revolutionäre vor allem ins Feld, dass die Helvetik eine bloss repräsentative Demokratie einführen wolle; zudem sei ein Leben in Isolation und Armut in einem kleinen Staat mit katholischer Religion die beste Garantie für die Freiheit und Gleichheit sowie das Allgemeinwohl.<sup>5</sup> Entsprechend formulierte der erste Verfassungsentwurf: «Le Valais Haut et Bas, par sa situation, ses habitudes particulières, sa religion, et le voeu de l'un et l'autre peuple, est appelé à ne faire qu'une seule république composée d'un nombre de cantons à fixer. Cette république ... devra être indivisiblement unie à la République helvétique pour la défense commune et pour tout ce qui n'est pas administration intérieure et économique, et législation.»<sup>6</sup> Der Staat sah sich als «démocratie pure», die «assemblée des citoyens» in den Gemeinden wurde als der Souverän bezeichnet. Der Entwurf schaffte jede Verer-

3 Vgl. Alfred Ruffer, *Les deux projets de 1798 pour la République du Valais, Vallesia VIII* (1953), S. 193.

4 Ruffer (Anm. 3), S. 194.

5 Ruffer (Anm. 3), S. 194ff.

6 Ruffer (Anm. 3), S. 197.

bung von Ämtern, Rang und Ehren ab und erklärte jeden Bürger in die zivilen und militärischen Ämter für wählbar. Die Volkssouveränität und die Rechtsgleichheit der Bürger sollten somit voll verwirklicht werden, die Gleichheit sollte zudem – ein Ausfluss der revolutionären Brüderlichkeit – «empêcher le riche d’opprimer le pauvre». <sup>7</sup> Der Verfassungsentwurf wollte eine umfassende Freiheit verwirklichen, «qui assigne à chaque citoyen ce qu’il peut faire sans préjudicier à autrui ou au public». Der Entwurf sah weiter den Rückkauf von Feudal- bzw. Grundlasten als eines der zentralen Ziele der Überwindung des Ancien Régime und der alten Agrarverfassung vor. Das Volk musste jeder Abgabe zustimmen und die Abgaben sollten nach der Leistungsfähigkeit aufgeteilt werden. Weiter wurde die Gewissensfreiheit anerkannt, aber auch eine Vorrangstellung der katholischen Religion. Der Verfassungsentwurf regelte den Erwerb des Bürgerrechts für Fremde eher restriktiv und schloss Geistliche von den öffentlichen Ämtern und vom Stimmrecht in den Urversammlungen der Gemeinden aus. Das Bürgergut sollte allein den Burgern zur Nutzung zustehen; die neu eingebürgerten *ci-toyens* (Bürger) wurden davon ausgeschlossen. Die Gleichheit der Bürger und Bürger war somit auf Gemeindeebene, wie auch noch heute, nicht voll verwirklicht. Die politischen Rechte sollten auf Gemeindeebene, nämlich in der Urversammlung bzw. *assemblée primaire*, wahrgenommen werden. Auf Bezirks- und Landesebene wurden sie bloss repräsentativ ausgestaltet. Der Landrat (die *Diète*) sollte nicht direkt gewählt werden und nicht der Vertretung der Bürger, sondern der Bezirke dienen. Jeder Bezirk sollte eine Stimme haben. Ausserdem sollte eine ständige Regierung, das Direktorium, eingesetzt werden. <sup>8</sup> Ein öffentliches Schulsystem war nicht vorgesehen. Es handelte sich somit im Geiste Rousseaus um eine radikal liberale und egalitäre Verfassung, die aber gleichzeitig in schwärmerischer Romantik auf althergebrachten Eigenheiten aus dem Ancien Régime aufbauen wollte. Das Wallis sollte ländlich, einfach, arm, katholisch, aber frei, gleich und glücklich sein und wirtschaftlich und geistig nach aussen abgeschlossen werden.

Da dieser erste Verfassungsentwurf dem Vertreter Frankreichs im Wallis, Mangourit, nicht genehm war, liess er einen neuen Entwurf ausarbeiten, der sich mehr an die Entwicklung in der Helvetik anlehnen sollte. Der Entwurf sah namentlich vor, dass das Wallis «se regarde comme alliée de fait

<sup>7</sup> Rufer (Anm. 3), S. 198.

<sup>8</sup> Rufer (Anm. 3), S. 199ff.



et de sentiment avec la République française, le peuple vaudois et la République cisalpine» und sich nicht eine «démocratie pure», sondern ein repräsentatives politisches System gibt.<sup>9</sup> Die Revolutionäre fürchteten das konservative Volk und setzten auf eine revolutionäre Elite, die das Volk repräsentieren sollte. Neu sollte die Pressefreiheit garantiert werden. Ausländer sollten nach sieben Jahren Wohnsitz das Walliser Bürgerrecht erwerben können, die Neueingebürgerten einen dem Wert des Burgerschaftsvermögens entsprechenden Beitrag leisten.<sup>10</sup> Es sollte somit im Wallis eine Einheitsgemeinde eingeführt werden, in der Bürger- und Munizipalgemeinde vereinigt sind. Dem Unterfangen blieb der Erfolg versagt. Wir kennen bis heute als Folge der erleichterten Einbürgerung und der politischen Gleichstellung aller niedergelassenen Schweizer, die im Interesse der Rechtsgleichheit von der Eidgenossenschaft verlangt wurde, einen Gemeindedualismus, nämlich die Munizipalgemeinden mit den wesentlichen öffentlichen Aufgaben, in denen alle Bürger bzw. Einwohner mit schweizerischem Bürgerrecht stimm- und wahlberechtigt sind, und die Burgergemeinden bzw. Burgerschaften, in denen einzig den Burgern der betreffenden Gemeinde der Nutzen an den Bürgergütern zusteht.

Der Entwurf von Mangourit stiess in den Gemeinden auf Widerstand. Ober- und Unterwallis nahmen die Verfassung am 16. März 1798 in St. Maurice unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinden an. Aber noch bevor die Verfassung in Kraft treten konnte, schloss das Direktorium der Französischen Republik das Wallis der Helvetischen Republik an.<sup>11</sup> In dieser bestand für eine eigene kantonale Verfassung oder Gesetzgebung kein Raum.

Das Wallis wurde 1802, noch vor dem Ende der Helvetischen Republik, wiederum ein "selbständiger" Staat, der mit der Cisalpinischen Republik, der Helvetischen Republik und durch einen Staatsvertrag vor allem mit Frankreich verbunden war. Im folgenden ist zunächst darzustellen, wie die Revolutionsideale in der Republik Wallis 1802 bis 1810 verwirklicht wurden.

---

9     *Rufer* (Anm. 3), S. 201.

10    *Rufer* (Anm. 3), S. 202f.

11    *Rufer* (Anm. 3), S. 204ff.

### 3. Die Republik Wallis 1802 bis 1810

Frankreich war aus strategischen Gründen besonders am Simplonpass interessiert und liess dort zu dieser Zeit eine befahrbare Strasse bauen.<sup>12</sup> Am 4. April 1802 trennte Napoleon Bonaparte das Wallis von der Helvetischen Republik ab und erklärte dessen Unabhängigkeit. Auf den 26. August 1802 wurde in Sitten ein noch gemäss helvetischer Gesetzgebung vom Volk in indirekter Wahl bestimmter Landrat einberufen. Dieser erklärte, nachdem das Wallis vom Treueeid zur Helvetischen Republik entbunden worden war, dass das Wallis als freie Republik weiterbestehe. Der Landrat nahm die von Bonaparte "vorgeschlagene" Verfassung am 30. August 1802<sup>13</sup> an.

#### 3.1 Staatsform, Volkssouveränität und Bürgerrecht

Die Republik Wallis baute nicht auf der Alten Landschaft Wallis auf. Im alten Wallis hatten sich sowohl der Bischof als auch die Landleute als souverän betrachtet. Nach Auffassung der Bischöfe und des Domkapitels war das Land ein dem Stuhle des heiligen Theodul angehörendes Besitztum. Die Rechte des Bischofs beruhten auf einer Schenkung Rudolf III. an Bischof Hugo im Jahre 999. Die Landleute hatten ihre Souveränität einerseits in den sog. Landrechten dem Bischof und anderseits auf militärischem Wege Bern und den Herzögen von Savoyen abgetrotzt.

Der neue Staat dagegen ging aus einer Abtretung ("Entlassung") der Helvetischen Republik hervor<sup>14</sup> und war somit ein Produkt der Französischen Revolution. Die Grundlagen des Staates waren einerseits die Verfassung, anderseits ein Staatsvertrag mit Frankreich, Italien und der Helvetischen Republik. Dieser Vertrag war wie die Verfassung zuvor in Verhandlungen in Paris und Bern ausgehandelt worden. Der Staatsvertrag legte die Eigenstaatlichkeit des Wallis fest und garantierte Frankreich den ungehinderten Durchzug durch das Land und über den Simplon mit Truppen und Material, was der Hauptzweck für die Errichtung der Republik war. Ausserdem erhielt das Wallis das «Recht», «anerkannte Regimenter in

12 Vgl. dazu *Peter von Deschwanden*, Der Simplon in der napoleonischen Strategie, in: BWG XXIX (1997), S. 9–51.

13 Vgl. Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis, 2. Auflage 1890 (im folgenden: GS), Bd. 1, S. 1ff.; vgl. dazu *Paul Biderbost*, Die Republik Wallis 1802–1810, Diss. Lausanne 1959, S. 17ff.

14 *Biderbost* (Anm. 13), S. 24f.

fremden Diensten zu haben.»<sup>15</sup> Der Staatsvertrag wurde als Titel II und III in die Verfassung aufgenommen.

In der Alten Landschaft Wallis war die Souveränität zwischen Land, Zenden und Gemeinden aufgeteilt. Die oberste Staatsgewalt stand den Zenden und Gemeinden zu. Die Zenden hatten im Landrat das Referendumsrecht. Die Landratsboten stimmten nach Instruktionen (Befehlen) der Zenden; für Fragen, in denen sie keine Instruktionen erhalten hatten, mussten sie solche einholen (d.h. die Fragen mussten heim «ad referendum genommen werden»).<sup>16</sup> Der Gang der Staatsgeschäfte war entsprechend schleppend.

In der Republik von 1802 waren die Gemeinden und Zenden nur Verwaltungsbezirke. Die Republik war entsprechend der Idee der fraternité bzw. Einheitlichkeit ein Einheitsstaat mit Volksherrschaft und Gewaltentrennung. Das Wallis sollte vereinheitlicht werden, allen Wallisern und allen Landesteilen gleiche Rechte zustehen.<sup>17</sup>

Untertanenverhältnisse gab es nicht mehr. Alle Bezirke, auch diejenigen des Unterwallis, konnten nach Art. 32 der Verfassung pro 2000 Seelen einen Deputierten auf den Landrat entsenden. Das Unterwallis war somit politisch gleichberechtigt, das Oberwallis nicht übervertreten.

Art. 16 der Verfassung verkündete: «Das Wallis bildet eine Republik, welche derselbigen Verfassung und denselbigen Gesetzen unterworfen ist». Das war eine Abkehr von der bisherigen Staatsform des Ancien Régime mit Referendumsdemokratie der Zenden sowie eigenem Recht der Zenden und Gemeinden. Da neues Recht aber weitgehend fehlte, wurden nach Art. 74 der Verfassung die vor dem 1. Januar 1798 in Kraft stehenden Gesetze wieder eingeführt, vorbehaltlich der Abänderungen durch den Landrat. Das galt allerdings nicht für die Feudallasten, die abgeschafft wurden. In der Folge konzentrierten sich die Bestrebungen auf die Vereinheitlichung des Zivil- und Strafrechts.<sup>18</sup> Auch wenn die Zenden und Gemeinden keine Souveränität mehr hatten, behielten sie doch eine starke Stellung bei.<sup>19</sup>

Die Verfassung (Art. 18) führte ein Walliser Staatsbürgerrecht ein. Dieses war an den Besitz eines Gemeindebürgerrechts (Gemeinderschaft) gebunden. Die Aktivbürgerrechte wurden am Heimatort ausgeübt; wer in

---

15 *Biderbost* (Anm. 13), S. 25.

16 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 65.

17 *Biderbost* (Anm. 13), S. 30f.

18 *Biderbost* (Anm. 13), S. 35f.

19 *Biderbost* (Anm. 13), S. 38f.

einem anderen Zenden zu den Ämtern gelangen wollte, musste dort zunächst das Gemeinderrecht erwerben und ein Jahr wohnhaft sein.<sup>20</sup>

Art. 18 lit. a der Staatsverfassung sah für helvetische Bürger eine erleichterte Einbürgerung vor. Es sollte verhindert werden, dass Personen, die das Aktivbürgerrecht nach den helvetischen Gesetzen ausüben konnten, dieses in der Republik Wallis wieder verlieren. Die erleichterte Einbürgerung wurde im Gesetz vom 25. Mai 1803 im einzelnen geregelt.<sup>21</sup> Dieses sah unter bestimmten Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung vor; die Gemeinden konnten zur Einbürgerung gezwungen werden. Daneben gab es nach Art. 18 lit. b der Verfassung die gewöhnliche Naturalisation für Personen (Fremde), denen das Aktivbürgerrecht nach den helvetischen Gesetzen nicht zustand. Ein Rechtsanspruch bestand für solche Personen nicht. Das Bürgerrecht bzw. die Einbürgerung, der zu Beginn der Helvetik noch der Charakter eines Menschenrechts zuerkannt wurde, war damit wieder eher restriktiv geregelt, die revolutionäre Gleichheit und Brüderlichkeit war bereits im Schwinden.<sup>22</sup>

Die Gemeinden und Zenden waren schon im Ancien Régime demokratisch organisiert. Die Französische Revolution brachte in bezug auf die Volkssouveränität für das Wallis – abgesehen von der bereits seit 1798 anerkannten Gleichberechtigung des Unterwallis – wenig Neues.<sup>23</sup> Die Volkssouveränität war in der neuen Verfassung stillschweigend anerkannt. In den Nachsätzen der Verfassung wurde festgehalten, dass die Verfassung mit 76 Artikeln «im Namen des valesianischen Volkes angenommen ist».<sup>24</sup> Dem Volk wurde sie allerdings auf Weisung Frankreichs nicht zur Annahme unterbreitet.<sup>25</sup>

Der Staat wurde als «Republik» bezeichnet<sup>26</sup>, die Verfassung wurde «im Namen des Allmächtigen Gottes» beschlossen. Der Bischof verlor seine früheren politischen Rechte: Art. 31 der Verfassung hielt fest, dass die Republik von einem Staatsrat und einem Landrat regiert werde. Als Konzession an die Vergangenheit wurde dem Bischof von Sitten aber im Landrat Sitz und Stimme gewährt, und zwar ausdrücklich als einzigem Geistlichem,

20 Gesetz vom 29. Mai 1809 über die Wählbarkeit zu höheren Ämtern, wie auch zu jenen der Zehnen, (Ziff. 3), GS, Bd. 2, S. 81.

21 Vgl. GS, Bd. 1, S. 132ff. sowie *Biderbost* (Anm. 13), S. 43ff.

22 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 45f.

23 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 48.0

24 Vgl. GS, Bd. 1, S. 21.

25 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 49f.

26 Vgl. etwa Art. 3 und 31.

«der dabei gegenwärtig sein kann.» Der Einfluss des Geistlichen Standes sollte also – als Folge revolutionärer Gleichheit und Volkssouveränität – begrenzt werden. Indem die Verfassung den Geistlichen das passive Wahlrecht verweigerte,<sup>27</sup> wurde die Gleichheit der Bürger nicht voll verwirklicht. Diese Ungleichheit und die Unvereinbarkeit der geistlichen und weltlichen Ämter wurde allerdings nicht mit jakobinisch-revolutionärem Eifer, sondern mit der bisherigen Tradition im alten Wallis begründet. Der Landrat hatte die landesherrlichen Rechte des Bischofs über die Jahrhunderte nämlich schon weitgehend zurückgedrängt. In der Verfassung sollte nur verankert werden, was nach Meinung der Landleute schon lange bestanden hatte, vom Bischof und dem Domkapitel aber bisher nicht anerkannt worden war.<sup>28</sup> Damit war eine weitgehende Trennung von Kirche und Staat vorgesehen.

Die Volkssouveränität äusserte sich im Stimm- und Wahlrecht in den Gemeinden: Dort konnten die Walliser Bürger männlichen Geschlechts den Gemeinderat und die Gemeinderichter direkt wählen (Art. 25 Abs. 2 der Verfassung) und über die Aufnahme von Bürgern und die Ablösung der Feudalrechte abstimmen. Sonst bestand eine repräsentative Demokratie. Der Zendenrat, der Landrat und der Staatsrat wurden in indirekter Wahl bestimmt. Volksabstimmungen gab es weder auf Zenden- noch auf Landesebene; das föderative Referendum war abgeschafft.<sup>29</sup>

Der Zendenrat bestand aus dem Zendenpräsidenten und dem Präsidenten der Gemeinderäte. Grössere Gemeinden entsandten weitere «Deputierte», die immer «Gewaltshaber» (im alten Wallis ein Gemeindeexekutivamt ähnlich einem Gemeindeammann) sein mussten.<sup>30</sup> Die Deputierten im Landrat wurden von den Zendenräten gewählt (Art. 33 der Verfassung).

Es fehlte nicht nur die direkte Volkswahl der Landräte, eingeschränkt war auch das passive Wahlrecht: wählbar war nach Art. 34 der Verfassung nur, wer «das Amt eines Gesetzgebers, Richters oder Verwalters in den höchsten Behörden oder im Zenden» bekleidet, das Amt eines öffentlichen Schreibers ausgeübt oder eine «Offiziersstelle in den Linientruppen» besessen hatte. Solche engen, auf eine Oligarchie hinauslaufende Wählbarkeitsvoraussetzungen waren eine Verletzung der revolutionären Rechtsgleich-

27 Vgl. auch Art. 20 der Verfassung, wonach die geistlichen Funktionen mit den zivilen Ämtern unverträglich sind.

28 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 58 und 77f.

29 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 62 und 65f.

30 Vgl. Art. 27 der Verfassung.

heit, die das “gemeine Volk” von den obersten Staatsämtern ausschloss, eine Konzession an die Tradition.<sup>31</sup> Der Französische Staat konnte sich offenbar gewiss sein, dass ihm die gleichen Personen, die schon im alten Wallis die Macht hatten, in der neuen Zeit durchaus zu Diensten sein würden.<sup>32</sup> Die alte Zeit wirkte auch noch darin nach, dass die Gemeinden ihre Gemeinderäte auf Lebenszeit wählen konnten und später auf die Durchführung von schriftlichen und geheimen Wahlen – in Ablehnung des Geistes der Mediation – verzichteten.<sup>33</sup>

### 3.2 Rechtsgleichheit und Freiheitsrechte

Die Verfassung erwähnte die *Rechtsgleichheit* der Bürger nicht, anerkannte sie aber implizit und schuf ein einheitliches Walliser Staatsbürgerrecht auch für die ehemaligen Untertanengebiete im Unterwallis.<sup>34</sup> Auch weitere Freiheitsrechte, die gemeinhin als Errungenschaft der Französischen Revolution gelten (wie die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die persönliche Freiheit, die Meinungsäusserungsfreiheit, die Pressefreiheit oder die Handels- und Gewerbefreiheit) wurden nicht explizit anerkannt.

Art. 1 der Verfassung erklärte die «heilige, katholische, apostolische, römische Religion» zur Staatsreligion. Die Kultusfreiheit war damit für andere Religionen oder Konfessionen nicht anerkannt. Kirche und Staat waren eigenständig, hatten aber enge Beziehungen, namentlich wurde der Bischof auf Vorschlag des Domkapitels vom Landrat gewählt.<sup>35</sup>

Auch die Eigentumsfreiheit bzw. Eigentumsgarantie war nicht ausdrücklich anerkannt. Das Eigentum wurde aber in der Praxis geschützt. Im «Gesetz über die Freyheit Weingärten anzulegen vom 30. May 1908»<sup>36</sup> erwog der Landrat zwar, dass «es dem Naturrecht gemäss ist, dass ein jeder sein Grundeigenthum auf eine jede ihm beliebige Weise der Cultur benutzen könne.» Das Gesetz verordnete aber in Einschränkung dieses Rechts, dass der Staatsrat zur Vermeidung der Spekulationen, welche den Gemein-

---

31 *Biderbost* (Anm. 13), S. 98ff.

32 Zur Person von Landeshauptmann Augustini, der nach einer politischen Karriere im Ancien Régime am 30. August 1802 auch gleich zum ersten Landeshauptmann der Republik Wallis in der Revolutionszeit gewählt wurde, vgl. *Patrick Willisch*, Anton de Augustini (1743–1823). Ein Walliser Politiker zwischen Revolution und Restauration, Blätter aus der Walliser Geschichte 1992, S. 5–124, sowie *Biderbost* (Anm. 13), S. 23.

33 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 63.

34 *Biderbost* (Anm. 13), S. 52.

35 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 74ff.

36 Vgl. GS, Bd. 2, S. 6.

deeinwohnern die nötige Menge Äcker und Wiesen entziehen würden, Ortsverbote, die Äcker und Wiesen in Weingärten zu verwandeln, bewilligen könne, wenn es die Gemeinderäte verlangten und bewiesen war, dass es die Umstände erheischten.

Daraus ist ersichtlich, dass die Eigentumsgarantie anerkannt war, dass es aber als zulässig erachtet wurde, sie auf dem Wege der Gesetzgebung im öffentlichen Interesse einzuschränken. Hier ist das auf die Französische Revolution zurückgehende Legalitätsprinzip zu erkennen, wonach es zur Einschränkung eines Freiheitsrechtes eines öffentlichen Interesses und einer gesetzlichen Grundlage bedarf, die auf dem Willen des Volkes beruht.

Die Eigentumsgarantie – und damit die Freiheitsidee der Französischen Revolution – wurde auch im «Gesetz über die Freyheit des Handels der Grundgüter vom 30. May 1808»<sup>37</sup> anerkannt, indem den Gemeinden verboten wurde, Verordnungen zu erlassen, die den Grundstücksverkehr zwischen Privatpersonen hindern; entgegenstehendes Recht (zu denken ist etwa an Vorkaufsrechte oder Verkaufsverbote) wurde aufgehoben. Das Gesetz galt nicht für Gemeindegüter und Alpen bzw. Alprechte, für die solche Beschränkungen beibehalten werden konnten.

Revolutionär war die Verfassung von 1802 in bezug auf die Überwindung der alten Agrarverfassung und der Lehensrechte. Dieses Ziel war – mit wenig Erfolg – schon zur Zeit der Helvetik verfolgt worden. Art. 22 der Walliser Verfassung von 1802 legte fest: «Kein Grundstück ist mit einer ewigen und unablöslichen Beschwerde belastet.» Art. 23 bestimmte, dass «alle dergleichen Beschwerden» losgekauft werden können. Art. 24 sah die gesetzliche Regelung des Loskaufs bis spätestens zum Ende des Mai-Landrates 1803 vor. In bezug auf die «Feodalmaterien» wurde das vor 1798 geltende Recht nicht wieder in Kraft gesetzt (Art. 74). Dem Feudalismus und den Vorrechten des vorrevolutionären Ständestaates sollte der Todesstoss versetzt werden. Der Landrat schuf die dafür nötige gesetzlichen Regelung pünktlich: Das Gesetz vom 25. May 1803 über den Loskauf der Zehnten und Lehensrechte<sup>38</sup> hob die persönlichen Lehensrechte, namentlich die Frondienste, und alle Rechte und Beschwerden, die ihren Ursprung in aufgehobenen Vorrechten hatten, entschädigungslos auf. Die realen Grundlasten (Bodenzinse), namentlich die Lehensrechte und Zehnten (jährliche anteilmässige Abgaben von der Ernte), wurden mit einer komplizierten Re-

---

37 Vgl. GS, Bd. 2, S. 7.

38 Vgl. GS, Bd. 1, S. 174ff.

gelung für loskäuflich erklärt. Dabei wirkten als Mittler oder Schiedsrichter auch die Gemeinden mit.<sup>39</sup> Im Ingress zum Gesetz wurde ausdrücklich auch das (privatrechtliche) Eigentum an den Zehnten und Bodenzinsen anerkannt, weshalb sie nicht ersatzlos abgeschafft werden könnten. Dem Ingress ist auch zu entnehmen, dass die Zehnten und Bodenzinsen vor allem der Katholischen Kirche und ihren «Dienern» zustanden. Deren Eigentum wurde gewährleistet. Der Landrat erwog, der Loskauf dürfe nicht zu tief veranschlagt werden, da sonst die Gemeinden «in die Notwendigkeit» versetzt würden, «die dadurch verursachte Verminderung der zu ihrem Unterhalte ausgesetzten Fonds, anderwärts zu ersetzen.» Dass für die Aufhebung der realen Grundlasten eine Entschädigung vorgesehen wurde, begründete der Landrat weiter damit, dass die Zehnten und Bodenzinsen auch «eine reichhaltige Quelle» des Einkommens des Staates seien und bei deren Versiegen der Staat «zu der seiner Neigung so zuwiderlaufenden (sic!) und dem Volke so verhassten Grundsteuer seine Zuflucht nehmen müsste.» Für abgeschafft wurden mit einem Gesetz vom 24. May 1808<sup>40</sup> auch die Weidgangsrechte erklärt, weil der freie Weidgang der Landwirtschaft und damit dem Handel mit dem Ausland schade. Soweit der Weidgang auf einem gesetzmässigen Recht beruhte, wurde er für loskäuflich erklärt, da diese Rechte «wahres Eigentum» seien. Die Aufhebung des allgemeinen Weidrechts (Trattrecht) war im Sinne der ökonomischen Gesellschaften und der Physiokratenschule des 18. Jahrhunderts. Sie stellte eine erhebliche Stärkung des Privateigentums dar und war eine wesentliche Voraussetzung für die Intensivierung und Modernisierung der Landwirtschaft.<sup>41</sup>

Die Verfassung gewährleistete die Handels- und Gewerbefreiheit nicht. Die Wirtschaft stand im Gegenteil teilweise unter staatlicher Aufsicht. Das Gewerbe wurde fiskalisch durch Steuern und Zölle belastet und mannigfachen polizeilichen und handelspolitischen Beschränkungen unterworfen, etwa im Bereich der Gastwirtschaftsgesetzgebung, des Exports von Mangelware (Holz, Getreide, Futtermittel) oder des Imports von Vieh oder Wein.<sup>42</sup> So wurden durch das Gesetz von 30. May 1803 über die Polizei der Wälder die Ausfuhr von Holz verboten und weitere forstpolizeiliche Mass-

---

39 Vgl. dazu *Biderbost* (Anm. 13), S. 204ff.

40 Gesetz über die Abschaffung und die Loskäuflichkeit der Weidgangsrechte, GS, Bd. 2, S. 3ff.

41 Vgl. *Martin Arnold*, Die privatrechtlichen Allmendgenossenschaften und ähnlichen Körperschaften nach dem Recht des Bundes und des Kantons Wallis, Diss. Freiburg 1987, S. 14f.

42 Vgl. *Biderbost* (Anm. 13), S. 210ff.



nahmen erlassen, wie ein Verbot, Lärchenstämme anzuzapfen oder zu bestimmten Zeiten Kohlgruben zu unterhalten, weil «Gegenstände, an welchen die Wohlfahrt und National-Wirthschaft so wesentlich haften, unter der Aufsicht der Regierung stehen sollen.»<sup>43</sup> Durch Gesetz vom 2. Christmonat 1803<sup>44</sup> wurde die Ausfuhr von Futter, Stroh und Dünger verboten. Immerhin wurden durch das «Gesetz vom 1. Christmonat 1803 in Betreff der Freyheit der Handelschaft im Innern»<sup>45</sup> Verbote von Zenden und Gemeinden aufgehoben, welche den Handel mit Lebensmitteln und anderen Produkten im Inneren zwischen Zenden und Gemeinden oder Partikularen hindern, dies in Erwägung, «dass die Republik Wallis nur eine Familie mehr ausmacht, dass alle Glieder ein gleiches Interesse und eine gleiche Verwaltung haben sollen, dass die Ortsverbote wegen der Folgen der gegenseitigen Verhältnisse nicht nur dem allgemeinen, sondern auch dem Partikular-Interesse höchst schädlich sind.» Mit diesem Gesetz sollte somit sowohl die Wirtschaftsfreiheit als auch die Gleichheit der Bürger, Gemeinden und Zenden verwirklicht werden, indem allen der gleiche Zugang zu den Gütern eingeräumt wurde; es wurde zudem noch damit begründet, dass das Wallis «nur eine Familie mehr ausmacht.» Somit kommen in diesem Gesetz die Grundideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gleichzeitig zum Ausdruck.

Da neben dem Handel mit Lebensmitteln und anderen Produkten – wie bereits dargestellt – auch der Handel mit Grundgütern frei war, bestand im Innern der Republik weitgehende Wirtschaftsfreiheit, nach aussen war die Wirtschaft aber im Landesinteresse stark abgeschnürt.<sup>46</sup> Die bereits vor der Revolution bestehenden Staatsmonopole und Regale für Pulver und Salpeter, Salz, Jagd und Fischerei, Kaffee, Tabak und Zucker wurden aus fiskalischen Gründen und im Interesse der Landesversorgung beibehalten.<sup>47</sup>

#### *4. Restauration und Regeneration 1815 bis 1848*

Seit dem 12. November 1810 gehörte das Wallis als «Departement du Simplon» zu Frankreich. Nach der Niederlage Napoleons und dem Wiener Kongress 1815 setzte die Restauration ein. Das Wallis schloss sich der Eid-

---

43 Vgl. GS, Bd. 1, S. 186ff.

44 Vgl. GS, Bd. 1, S. 254.

45 Vgl. GS, Bd. 1, S. 247f.

46 Vgl. Biderbost, S. 215.

47 Biderbost (Anm. 13), S. 214f.

genossenschaft an. Der Österreichische Restaurationsfürst Metternich liess es nicht zu, dass in der Schweiz die alten Untertanenverhältnisse wieder eingeführt wurden, aus Angst, in den Untertanengebieten könnten erneut revolutionäre Ideen aufkommen und die Schweiz könnte sich wieder Frankreich zuwenden.<sup>48</sup> Die liberalen Ideen wirkten aber fort, vor allem in der Regenerationsbewegung ab 1830, und führten bis 1848 zum Scheitern der Restauration.<sup>49</sup>

#### *4.1. Die restaurative Verfassung vom 12. Mai 1815*

Die Walliser Verfassung vom 12. Mai 1815<sup>50</sup> stellte zwar – zufolge des Widerstandes sowohl der Alliierten als auch der Eidgenössischen Tagsatzung – die Untertanengebiete im Unterwallis nicht mehr wieder her. Das Oberwallis (einschliesslich der Bezirke Siders und Sitten) erhielt aber erneut eine erhebliche Vormachtstellung. Sah die Republik von 1802 noch eine Vertretung der Bezirke im Landrat nach der Bevölkerungszahl vor, wurde nun der Grundsatz der Verhältnisswahl fallen gelassen und in Art. 15 bestimmt, dass jeder Zenden vier Gesandte haben solle. Da den sieben oberen Zenden nur sechs Zenden des Unterwallis gegenüberstanden, hatten die sieben alten Zenden im Landrat die Vormacht, obwohl sie nur 32858, die unteren Zenden aber 42680 Einwohner zählten.<sup>51</sup>

Art. 2 der Verfassung hielt fest, dass die Regierungsform demokratisch sei, doch war sie davon faktisch weit entfernt. Das staatliche Leben war oligarchisch-repräsentativ organisiert.<sup>52</sup> Die Restauration war weniger in den Gesetzen, als vielmehr in den tatsächlichen Machtverhältnissen und in der Art der Besetzung der öffentlichen Ämter zu erkennen. Art. 18 der Verfassung bestätigte alte Privilegien, indem er – ähnlich wie bereits im Ancien Régime und in der Republik von 1802 – nur diejenigen Personen als in den Landrat wählbar erklärte, die «das Amt eines Gesetzgebers, Richters, oder Verwalters in den höheren Behörden, oder im Zehnen besessen, oder das Amt eines öffentlichen Schreibers ausgeübt, oder den Rechts, oder Medi-

---

48 Vgl. *Peter Dürrenmatt*, *Schweizer Geschichte*, 1976, Bd. I, S. 547.

49 Vgl. *Dürrenmatt* (Anm. 48), S. 564ff.

50 GS, Bd. 3, S. 1ff.

51 Vgl. *Andreas Seiler*, *Die politische Geschichte des Wallis 1815 bis 1844*, Diss. Freiburg 1939, S. 3f.

52 A. *Seiler* (Anm. 51), S. 36.

zins Doktor Grad erhalten, oder eine Offiziersstelle in den Linientruppen bekleidet haben.»

Nach dem Gesetz vom 9. Dezember 1825 über die Gemeinde- und Zehnenwahlen<sup>53</sup> waren nur die vom Gemeinderat in Verbindung mit einer beschränkten Anzahl von Notabeln vorgeschlagenen Kandidaten wählbar (Art. 13, 15: die Vornehmern, Art. 16: u.a. wer Zenden- und Gemeindeämter bekleidet hat und Grundeigentum im Wert von tausend Franken geniesst). Auch die Gemeinderichter wurden nach einer Kandidatenliste gewählt, welche die Gemeinderäte aufstellten (Art. 34/35). Die Beisitzer des Zenden- und des Kriminal- und Korrekionalgerichtshofs mussten aus der Zahl der gewesenen Grosskastläne, Richter, Altrichter, Schreiber und jener Personen entnommen werden, «welche durch ihre Sitten und Kenntnisse die Empfehlungswürdigste sind» (Art. 46 und 50 der Verfassung). Auch der Sitmmenkauf war verbreitet. Er wurde mit Gesetz vom 19. Mai 1825<sup>54</sup> unter Strafe gestellt; Wahlen, die von einer solchen «Penalität» befleckt waren, wurden für nichtig erklärt (Art. 1).

Das Wallis wurde wiederum dezentral organisiert in 13 Bezirke (Art. 3 der Verfassung), die als eigentliche souveräne Träger der staatlichen Gewalt erschienen.<sup>55</sup> Die Volksrechte umfassten – wie auch in der Republik von 1802 – allein die Wahl der Gemeinderäte und der Gemeinderichter. Die Zendenräte bestanden aus den Gemeindepräsidenten und Abgeordneten, die von den Gemeinderäten ernannt wurden. Die Zendenräte wählten die Landratsabgeordneten (Art. 17).

Die Organisation ähnelte derjenigen der Republik von 1802, was zeigt, dass schon diese gewisse restaurative Tendenzen aufwies.

Art. 1 der Verfassung erklärte die katholische Religion zur ausschliesslichen Religion des Staates und bestimmte, dass diese allein einen öffentlichen Gottesdienst habe. Die Kultusfreiheit war damit nicht gewährleistet. Dagegen war die nicht öffentliche Ausübung anderer Religionen durch die Verfassung nicht verboten. In diesem Sinne bestand eine Glaubens- und Gewissensfreiheit. Der Bischof hatte auch nach der neuen Verfassung Sitz und Stimme im Landrat, wobei seine Stimme gleich viel wie diejenige eines Zendens galt, nämlich vier Stimmen (Art. 19).

Den Bezirken stand wieder das obligatorische Gesetzesreferendum zu: Die Gesetze des Landrates waren erst vollziehbar, wenn ihnen die Zenden-

53 GS, Bd. 4, S. 106ff.

54 GS, Bd. 4, S. 81ff.

55 A. Seiler (Anm. 51), S. 35ff.

räte aus sieben Zenden zugestimmt hatten; die Finanzgegenstände, Militär-Kapitulationen und Einbürgerungen mussten sogar den Gemeinderäten «hinterbracht» werden (Art. 20).

Grundrechte wurden in der Verfassung vor 1815 nicht explizit gewährleistet. Die Eigentumsgarantie war faktisch anerkannt. Ein Gesetz vom 10. Dezember 1828<sup>56</sup> regelte die Enteignung von Grundstücken von Gemeinden und Privatpersonen zum Zwecke öffentlichen Nutzens.

Die Gewaltentrennung war nicht vollständig; die Staatsräte waren von Amtes wegen Mitglieder des Landrats (Art. 25 der Verfassung).

Die alte Agrarverfassung und die Lehensrechte wurden nicht wiederhergestellt, sondern es wurde im Gegenteil weiter die Freiheit des Eigentums angestrebt. Art. 9 der Verfassung bestätigte, dass kein Grundstück mit einer ewigen und unauslöschlichen Beschwerde beladen ist. In Abschlüssen vom 29. Heumonats 1820<sup>57</sup> und 31. Weinmonats 1826<sup>58</sup> verbot der Staatsrat den Weidgang des Viehs in den Weingärten und stärkte damit das Privateigentum. Im Ingress zum Abschluss von 1820 wurde bestätigt, dass die Abschaffung des allgemeinen Weidgangs laut Gesetz vom 24. Mai 1808 weiterhin in Kraft war. Mit einem Gesetz vom 18. Dezember 1832<sup>59</sup> wurde das Gesetz vom 30. Mai 1809 über den Loskauf der Weidgangsrechte erläutert. Und mit Gesetz vom 31. Mai 1834<sup>60</sup> wurde der Loskauf der Weidgangsrechte – «willens, allem Erdreich das Befreiungsrecht zukommen zu lassen, dessen Vortheile von Tag zu Tag fühlbarer werden» – auf alles Eigentum ausgedehnt. Am 19. Dezember 1834 wurde hiezu nochmals ein Gesetz erlassen.<sup>61</sup>

#### *4.2 Die Verfassungskämpfe 1830 bis 1840 und die liberale Machtübernahme 1839/40*

Die Volkssouveränität war in der Verfassung von 1815 wie ersichtlich auf ein Minimum reduziert; die Gleichheit der Bürger und der Landesteile nicht gewährleistet. Die Reaktion des Volkes blieb nicht aus.

---

56 GS, Bd. 5, S. 225ff.

57 GS, Bd. 3, S. 317ff.

58 GS, Bd. 4, S. 153 ff.

59 GS, Bd. 5, S. 399f.

60 GS, Bd. 5, S. 426f.

61 GS, Bd. 5, S. 446ff.

Die Regeneration fasste nach 1830 auch im Wallis Fuss, vor allem im Unterwallis, wo verschiedene Wahlsektionen der Stadt Martigny ein neues Wahlgesetz verlangten, das die freie Wahl der Behörden gewährleisten sollte. Nach einem Volksaufstand in Martigny wurde die freie Wahl der Gemeinderäte eingeführt und deren Amtszeit von zwölf auf sechs Jahre reduziert.<sup>62</sup>

Am 18. November 1833 verlangten die vier Zenden Entremont, Martigny, St. Maurice und Monthey in einer Denkschrift die Revision von Art. 15 der Verfassung. Fortan sollte die Kopfzahl der Bevölkerung Grundlage für die Wahl des Landrats und die Ausübung des Referendums sein. Die verlangte Revision wurde indessen auf unbestimmte Zeit vertagt.<sup>63</sup>

Im Mai-Landrat von 1838 wurde die nach Art. 57 der Verfassung nötige Mehrheit von 39 Stimmen für einen Antrag verfehlt, jedem Zenden wie bisher vier Abgeordnete, darüber hinaus aber je einen weiteren Abgeordneten für je 1500 Seelen über 4000 Seelen zuzugestehen. Am 26. Oktober 1838 wandten sich die Zenden Entremont, Martigny und Monthey in einem Aufruf an die Gemeinden des Unterwallis. Sie verlangten die verhältnismässige Volksvertretung im Landrat, die freie Wahl der Zenden- und Landratsabgeordneten durch das Volk, die Beseitigung der in Art. 18 der Verfassung vorgesehenen Privilegien in bezug auf die Wählbarkeit in den Landrat, die vollständige Trennung der Staatsgewalten, eine bessere Organisation des Gerichtswesens, ein Verbot der Ämterhäufung, die Verbesserung der Verwaltung und des Unterrichtswesens und eine gleichmässige Verteilung der Militärlasten auf alle Bürger.<sup>64</sup>

Für den vom Staatsrat unterstützten Antrag, den Landrat nach der Volkszahl zu wählen, kam im Dezember 1838 im Landrat die nötige Mehrheit erneut nicht zustande. Nachdem sich die Abgeordneten des Unterwallis vom Landrat zurückgezogen hatten, wurde beschlossen, eine allgemeine Verfassungsrevision durchzuführen. In der Revisionskommission verlangten die Vertreter des Oberwallis am 3. Januar 1839 die schriftliche Annah-

62 Vgl. A. Seiler (Anm. 51), S. 5ff.; vgl. das Gesetz über die Gemeinde- und Zehnenwahlen vom 18. Juni 1831, GS, Bd. 5, S. 335ff., insbesondere Art. 25 über die sechsjährige Amtsdauer und Art. 14, der bei den Gemeinderatswahlen grundsätzlich alle Bürger für wählbar erklärt. Nach Art. 6 war auch eine Wahl zum Gemeinderat auf Lebenszeit möglich.

63 Vgl. A. Seiler (Anm. 51), S. 10f. Vgl. Franz Seiler, Der Übergang vom föderativen zum modernen Referendum im Kt. Wallis. Eine verfassungsgeschichtliche Studie über die Entstehung der modernen Volksgesetzgebung im Wallis im Lichte der staatsrechtlichen Reformen der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts, Diss. Bern 1921, S. 9ff.

64 A. Seiler (Anm. 51), S. 11f.

me von 18 Vorbedingungen, darunter die Einteilung des Kantons in drei Bezirke, die in bezug auf Regierung, Verwaltung und Vertretung auf der Tagsatzung weitgehend unabhängig sein sollten. Damit waren die Kommissionsmitglieder des Unterwallis nicht einverstanden, weshalb sich in der Folge die Kommissionsmitglieder des Oberwallis aus der Kommission zurückzogen. Die Restkommission setzte die Arbeit fort und arbeitete bis zum 9. Januar 1839 einen Verfassungsentwurf aus. Nachdem die fünf westlichen Bezirke in Verletzung der geltenden Verfassung am 14. Januar 1839 auf dem Landrat, auf dem die neue Verfassung beraten werden sollte, mit je einem Abgeordneten pro 1000 Seelen erschienen waren, vertagte der Staatsrat die Sitzung und kündigte an, er werde die Vermittlung des Vorortes anrufen. In Abwesenheit der Vertreter des Oberwallis erklärten sich die Abgeordneten der Zenden Monthey, St. Maurice, Martigny, Entremont, Conthey, Hérens, aber auch diejenigen von Sitten und drei Abgeordnete des Zenden Siders, welche zwei Drittel der Gesamtbevölkerung vertraten, als legalen Verfassungsrat und arbeiteten bis Ende Januar 1839 eine neue Verfassung aus (Januarverfassung).<sup>65</sup>

Die Vermittlung der Eidgenossenschaft kam unter dem Vorort Zürich zunächst nicht zustande, da es jedem Stande kraft seiner Souveränität freistehe, die von ihm für notwendig erscheinenden Verfassungsänderungen vorzunehmen, solange sie dem Bundesvertrag nicht widersprächen.<sup>66</sup> Der Vorort ernannte später doch zwei Kommissäre für das Wallis und erteilte ihnen die Weisung, für die Vertretung nach der Volkszahl einzustehen. Am 17. Februar 1839 wurde die Januarverfassung dem Volk unterbreitet und angenommen.<sup>67</sup> Die Zenden des Oberwallis nahmen an der Abstimmung allerdings nicht teil. Es folgten heftige Verfassungsstreitigkeiten; das Oberwallis leistete weiterhin Widerstand und verlangte den Weiterbestand der bisherigen verfassungsmässigen Ordnung. Es drohte die Spaltung des Landes. Das Unterwallis wählte einen neuen Grossen Rat, wie der Landrat neu bezeichnet wurde. Es wurde ein neuer Staatsrat eingesetzt. Somit standen sich im Kanton zwei Regierungen und zwei Verfassungen gegenüber.

Auf eidgenössische Vermittlung hin wurden Wahlen für einen neuen Verfassungsrat angesetzt, wobei ein Abgeordneter auf 1000 Seelen gewählt

65 *F. Seiler* (Anm. 63), S. 52. Vgl. zum Inhalt der Januarverfassung, die nicht in die Amtliche Gesetzessammlung von 1890 aufgenommen wurde, *F. Seiler* (Anm. 63), S. 55ff.

66 *A. Seiler* (Anm. 51), S. 14ff.

67 Zur Frage, ob die für eine gültige Mehrheit nötige Stimmenzahl zustandegekommen ist, vgl. *F. Seiler* (Anm. 63), S. 79ff.

werden sollte. Das Unterwallis führte die Wahlen durch, das Oberwallis verlangte eine Volksabstimmung über die Verfassung von 1815.<sup>68</sup> Der Verfassungsrat verabschiedete die neue Verfassung, die eine Überarbeitung der Januarverfassung war, am 3. August 1839. Das Unterwalliser Volk nahm die revidierte Verfassung an, das Oberwalliser Volk stimmte der Verfassung von 1815 zu. Die Verfassungsstreitigkeiten zwischen dem konservativen Oberwallis und dem liberalen Unterwallis spitzten sich zu. Es drohte ein Bürgerkrieg. Die Eidgenossenschaft vermittelte weiter.

Am 1. April 1840 wurden die Oberwalliser Truppen bei Sitten geschlagen. Die Unterwalliser Truppen rückten bis nach Siders und Turtmann vor. Der Präsident des neuen Grossen Rates bot dem Oberwallis Versöhnung an.<sup>69</sup> Die Oberwalliser Abgeordneten anerkannten am 6. April 1840 die Autorität der neuen Regierung und sämtliche Zenden des Oberwallis nahmen die Verfassung vom 3. August 1839 innert acht Tagen an. Die Liberalen setzten sich damit durch.

### *4.3 Die liberale Verfassung vom 3. August 1839*

Die neue Verfassung<sup>70</sup> kam wie die Januarverfassung in dem Sinne revolutionär zustande, als sie unter liberalem Druck und eidgenössischer Vermittlung nicht in dem in der Verfassung von 1815 vorgesehenen Verfahren erlassen wurde. Inhaltlich war sie gemässigt liberal und behielt auch Traditionelles bei, namentlich in bezug auf die Stellung der katholischen Kirche.

Art. 1 sprach als oberstes Prinzip den Grundsatz der Volkssouveränität aus und bestimmte, dass die Regierungsform eine «repräsentative Demokratie» sei; das alte föderativ-oligarchische System wurde überwunden.<sup>71</sup>

Erst im Art. 2 erklärte die Verfassung – wie schon diejenige von 1815 – die römisch-katholische-apostolische Religion zur Staatsreligion und gewährleistete ihr allein einen öffentlichen Kultus und den Beistand des Gesetzes (Art. 2). Art. 3 gewährleistete die Rechte der Welt- und Ordensgeistlichkeit. Die Anerkennung der Rechte des Klerus war darauf zurückzuführen, dass die Unterwalliser Geistlichkeit der Verfassungsrevision schon anfangs 1839 wohlwollend gegenüberstand, was für den Erfolg der

---

68 A. Seiler (Anm. 51), S. 20f.

69 A. Seiler (Anm. 51), S. 22ff.

70 GS, Bd. 6, S. 9ff.

71 A. Seiler (Anm. 51), S. 44.

liberalen Verfassung von erheblicher Bedeutung war.<sup>72</sup> Art. 66 der Verfassung schränkte aber die politische Bedeutung des Klerus ein, indem er die bürgerlichen und geistlichen Amtsverrichtungen miteinander für unvereinbar erklärte. Die vier Stimmen des Bischofs im Landrat wurden aufgehoben. Es wurden nur noch zwei geistliche Stimmen im Landrat zugelassen, wovon eine von Amtes wegen der Bischof war. Er sollte denjenigen Landesteil vertreten, aus dem er stammte (Art. 20).

Erstmals wurden ausdrücklich Grundrechte anerkannt, so die persönliche Freiheit (Art. 4), das Recht auf den ordentlichen Richter (Art. 5), die Unverletzbarkeit der Wohnung (Art. 6) und des Eigentums (Art. 7) sowie das Petitionsrecht (Art. 8). Die Verfassung verbot die ewigen, nicht ablösbaren Grundzinsen (Art. 9). Die Gewissens- und die Kultusfreiheit waren nicht ausdrücklich gewährleistet, ebensowenig die Pressefreiheit, die in die Januarverfassung (Art. 8) noch Eingang gefunden hatte. Am 24. Mai 1839 hatte der Grosse Rat ein Pressegesetz<sup>73</sup> erlassen, das sich auf die Pressefreiheit der Januarverfassung berief.

Ebenfalls als Postulat der Französischen Revolution bzw. der Regeneration ihrer Ideen wurde der Grundsatz der Gewaltentrennung durchgeführt. Die Staatsgewalt stand der gesetzgebenden, der vollziehenden und verwaltenden sowie der richterlichen Gewalt und den Zenden- und Gemeindegewalten zu (Art. 18 der Verfassung). Die Mitglieder des Staatsrates durften nicht gleichzeitig Mitglieder des Grossen Rates sein (Art. 38). Die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt wurde anerkannt (Art. 41).

Die grundlegendste Änderung der neuen Verfassung war die Verhältniswahl (Art. 19 der Verfassung). Der Grossrat wurde nicht direkt durch das Volk, sondern durch Wahlmänner gewählt, die ihrerseits in den Urversammlungen der Gemeinden im Verhältnis von einem Wahlmann auf 100 Einwohner bestimmt wurden (Art. 54). Dadurch war das Unterwallis entsprechend seiner grösseren Bevölkerungszahl vertreten und die Vormachtstellung des Oberwallis endgültig gebrochen.

Nach Art. 48 bestand in jeder Gemeinde eine Urversammlung, in der die Gemeindebürger und die seit fünf Jahren wohnsässigen Kantonsbürger stimmberechtigt waren. Die Urversammlung befand über kantonale Angelegenheiten, wie die Bestimmung der Wahlmänner für den Grossen Rat und das kantonale Referendum (Art. 67). Daneben bestand in den Gemeinden

---

72 A. Seiler (Anm. 51), S. 41f.

73 GS, Bd. 6, S. 1ff.



ein Allgemeiner Rat, der sämtliche Bürger der betreffenden Gemeinde umfasste (Art. 48). Der Allgemeine Rat stellte damit die Burgerversammlung dar. Er verfügte über die Gemeindegüter und wählte den Gemeinderat (Art. 51). Somit wurde das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene wie schon bis anhin nur von den Gemeindebürgern ausgeübt. Die Einwohner ohne Bürgerrecht in der betreffenden Gemeinde hatten in ihrer Wohnsitzgemeinde kein demokratisches Mitwirkungsrecht.

Die Zenden wurden zu reinen Verwaltungseinheiten, der Zendenpräsident war Statthalter des Staatsrates und diesem untergeordnet (Art. 44, 47). Das föderative Referendum der Bezirke wurde abgeschafft.

Statt dessen erhielt nach dem Grundsatz der Volkssouveränität das Volk das allgemeine Vetorecht für Gesetze, Militärkapitulationen und Dekrete über das Finanzwesen und die Erteilung des Kantonsbürgerrechts: diese Beschlüsse waren erst dreissig Tage nach ihrer Bekanntmachung vollziehbar. In der Zwischenzeit konnte sie die Mehrheit der Walliser Bürger in einem obligatorischen Volksreferendum verwerfen (vgl. Art. 67). Dieses (negative) Referendum war eine Durchbrechung des liberalen repräsentativen Prinzips und eine Konzession an die konservativen Kräfte im Oberwallis, welche die liberale Gesetzgebung gefährdete.<sup>74</sup> Zudem war für Verfassungsänderungen ein obligatorisches positives Referendum vorgesehen (Art. 73 Abs. 2).

#### *4.4 Die liberale Gesetzgebung und die konservative Gegenrevolution 1840 bis 1844*

Die liberalen Kräfte erlangten nach den Grossratswahlen von 1840 im Grossrat und im Staatsrat die Mehrheit. Mit einem Gesetz vom 21. Mai 1840 über die Anhäufung und Unverträglichkeit öffentlicher Ämter<sup>75</sup> wurde die Gewaltentrennung durchgeführt.

Das Land war jedoch nicht befriedet. Es gab heftige Auseinandersetzungen vor allem in bezug auf die Stellung des Klerus bei den Gesetzen über die Verteilung der Militärlasten und über das Unterrichtswesen.<sup>76</sup> Beide Gesetze wurden 1841 in der Volksabstimmung verworfen, was eine empfindliche Niederlage für den Liberalismus darstellte.

---

74 Vgl. A. Seiler (Anm. 51), S. 46.

75 GS, Bd. 6, S. 56ff.

76 Vgl. A. Seiler (Anm. 51), S. 55ff.

1841 spaltete sich die liberale Bewegung in eine gemässigt liberale («le juste milieu») und eine radikale Richtung. In der Folge entbrannte – angeheizt durch die Presse und die Tätigkeit politischer Gesellschaften wie z.B. der radikalen Jungschweiz – ein eigentlicher Kulturkampf. Es kam zu häufigen Gewalttätigkeiten. Die konservativen Kräfte erstarkten wieder, die Gegensätze nahmen zu.<sup>77</sup> Trotz der Vermittlung der Eidgenossenschaft kehrte der innere Friede nicht ein. Am 18. Mai 1844 rückten Oberwalliser Truppen in Sitten ein und stiessen weiter nach Westen vor, wo die radikalen Kräfte zurückweichen mussten. Am 21. Mai 1844 wurden sie an der Brücke am Trient geschlagen. Damit war die konservative Gegenrevolution geglückt.<sup>78</sup>

#### *4.5 Die konservative Verfassung vom 14. September 1844*

Die Konservativen waren nun bestrebt, ihren Sieg zu festigen und den politischen Einfluss der Radikalen zurückzudrängen. Am 24. Mai 1844 wurde die radikale politische Gesellschaft der «Jeune Suisse» durch Dekret<sup>79</sup> aufgelöst und das radikale Zeitungsblatt «Echo des Alpes» verboten.<sup>80</sup> Am 28. Mai 1844<sup>81</sup> erliess der Grosse Rat ein Pressegesetz, das Presseberichte gegen die Religion oder die guten Sitten und die Aufreizung zum Umsturz der politischen Ordnung bestrafte.

Nach dem erneuten Machtwechsel wurde die Verfassung revidiert. Die neue Verfassung, bereits am 14. September 1844<sup>82</sup> verabschiedet, brachte gegenüber der Verfassung von 1839 zwei wesentliche Neuerungen: einerseits wurden die Rechte des Klerus und die Stellung der Kirche im Staat erheblich verstärkt, andererseits wurde das demokratische Prinzip ausgebaut.<sup>83</sup> Das ist nach der Gegenrevolution der Konservativen, welche die demokratischen Rechte 1839/40 noch bekämpft hatten, ebenso überraschend wie die Tatsache, dass die neue Verfassung die liberalen Errungenschaften der Verfassung vom 3. August 1839 weitgehend bestätigte.

Art. 1 der Verfassung beruft sich ebenfalls auf die Volkssouveränität, und zwar wird ausdrücklich festgehalten, dass die Souveränität auf der Ge-

---

77 Vgl. A. Seiler (Anm. 51), S. 71ff.

78 A. Seiler (Anm. 51), S. 163.

79 GS, Bd. 6, S. 397f.

80 GS, Bd. 6, S. 403.

81 GS, Bd. 6, S. 405ff.

82 Vgl. GS, Bd. 7, S. 1ff.

83 A. Seiler (Anm. 51), S. 172.

samtheit der Walliserbürger beruhe. Damit hatten das Oberwallis und die Konservativen die Gleichheit des Unterwallis und die repräsentative Demokratie endgültig anerkannt. Die Verfassung gewährleistete in Art. 3 Abs. 2 den Fortbestand der religiösen Kapitel und Korporationen.

Weiter wurden die persönliche Freiheit (Art. 4), der ordentliche Richter (Art. 5), die Unverletzbarkeit der Wohnung (Art. 6), das Petitionsrecht (Art. 8) und das Eigentum anerkannt (Art. 7); eine Enteignung war zum Zweck öffentlichen Nutzens und gegen gerechte Entschädigung möglich. Art. 9 verbot erneut ewige und nicht loskäufliche Grundzinsen.

Die Verfassung kannte auch die Gewaltentrennung mit einer unabhängigen Justiz (Art. 43). Nach Art. 20 entsandten alle Bezirke ihre Gesandten entsprechend ihrer Bevölkerungszahl in den Grossen Rat, was die Konservativen 1839 noch abgelehnt hatten. Nach Art. 21 war der Bischof von Rechts wegen Mitglied des Grossen Rates. Dem Klerus wurden zudem zwei Stimmen im Grossen Rat zuerkannt (Art. 22). Bürgerliche und geistige Amtsverrichtungen waren nach Art. 70 weiterhin unvereinbar.

Die Zenden waren Verwaltungseinheiten des Kantons. Die Grossräte wurden nach Zenden gewählt. Die Gesandten in den Grossen Rat wurden von einer Wahlversammlung bestimmt; die dort stimmberechtigten Wahlmänner wurden in der Urversammlung jeder Gemeinde gewählt (Art. 57). Art. 23 hielt ausdrücklich fest, dass die Gesandten für das allgemeine Beste nach eigener Überzeugung stimmen und nicht an Verhaltensbefehle gebunden werden könnten. Sie vertraten damit nicht den Bezirk als solchen.

Als wichtigste Neuerung wurde das allgemeine obligatorische positive Referendum eingeführt: Gesetze, Militärkapitulationen, Dekrete über das Finanzwesen und die Erteilung des Kantonsbürgerrechts waren erst vollziehbar, wenn sie von der Mehrheit der stimmenden Walliser Bürger angenommen worden waren (Art. 71). Gegenüber der Verfassung von 1839 war dies eine Ausdehnung der Volksrechte, welche die beharrenden Kräfte stärkte. Die Verfassung von 1839 sah in Art. 67 nur ein (negatives) Einspruchsrecht des Volkes vor; ein wirksamer Einspruch erforderte einen entsprechenden Beschluss der Mehrheit der Walliser Bürger.

Als weiteres konservatives Element wurde in Art. 78 vorgesehen, dass die Verfassung erst nach Ablauf von zehn Jahren revidiert werden könne, und dass hiefür die absolute Mehrheit der Gesamtheit der Mitglieder des Grossrats und der Mehrheit der stimmfähigen Walliser Bürger nötig sein sollte.

Auf Gemeindeebene stand das Stimmrecht im Allgemeinen Rate weiterhin ausschliesslich den Bürgern oder Gemeindern zu (Art. 54 Abs. 1). Da der Allgemeine Rat den Gemeinderat wählte (Art. 54 Abs. 3) und dort nur die Gemeinder stimmberechtigt waren, konnten die aus einer anderen Gemeinde stammenden Kantonsbürger – wie es im Wallis der Tradition entsprach – den Gemeinderat ihrer Wohnsitzgemeinde nicht mitwählen. Die Kantonsbürger anderer Gemeinden hatten nur in der Urversammlung Stimmrecht (Art. 52) und konnten damit in ihrer Wohnsitzgemeinde weiterhin nur über die kantonalen Gesetze usw. abstimmen und an der Wahl der Wahlmänner für den Grossrat teilnehmen (Art. 53). Das Stimm- und Wahlrecht bestand nun allerdings nach bereits einjährigem (statt nach fünfjährigem) Wohnsitz in der Gemeinde (Art. 52); sonst änderte sich gegenüber der Verfassung von 1839 nichts. Die Volkssouveränität war damit auf Gemeindeebene weiterhin nicht voll verwirklicht.

#### *4.6 Die radikale Revolution von 1847 und die Verfassung vom 10. Januar 1848*

Nach der Niederlage der Sonderbundskantone erklärte eine allgemeine Volksversammlung (an sich der vollkommenste Ausdruck der Volkssouveränität, wenn sie nicht in Verletzung der geltenden Verfassung und damit revolutionär durchgeführt worden wäre) in Sitten am 2. Dezember 1847<sup>84</sup> den Grossen Rat und den Staatsrat als aufgelöst, die geistlichen Vorrechte (Immunitäten) als abgeschafft und eine vollständige Unverträglichkeit zwischen geistlichen und bürgerlichen Amtsverrichtungen. Die Güter des Klerus, der Klöster und der geistlichen Korporationen wurde unter die Aufsicht und nötigenfalls Verwaltung des Staates gestellt. Ziff. 8 des Beschlusses erklärte die Gesetze, Dekrete und Urteile sowie politischen Prozeduren seit dem 1. Mai 1844 und deren Folgen für «vernichtet». Der öffentliche Unterricht wurde nach Ziff. 9 des Volksbeschlusses unter die Aufsicht des Staates gestellt, «unbeschadet der Amtsbefugnisse der Klerisei in Betreff des geistlichen Unterrichts». Ausserdem wurde beschlossen, den Grossrat nach der Verfassung von 1839 neu zu wählen, und es wurde eine neue provisorische Regierung eingesetzt (Ziff. 14), die am 7. Dezember 1847 von den eidgenössischen Repräsentanten anerkannt wurde.<sup>85</sup>

---

84 Vgl. GS, Bd. 8, S. 1ff.

85 Vgl. GS, Bd. 8, S. 8ff.

Die neue radikale Verfassung vom 10. Januar 1848<sup>86</sup> berief sich wiederum auf die Souveränität der Gesamtheit der Walliserbürger und schuf eine repräsentative Demokratie. Die römisch-katholisch-apostolische Kirche wurde in Art. 2 zur Religion des Staates erklärt und es wurde ihr der Schutz des Gesetzes zugesichert. Das Recht auf einen öffentlichen Gottesdienst stand ihr nun nicht mehr ausschliesslich zu. Damit wurde die Kultusfreiheit für andere Religionen und Konfessionen anerkannt. Der Klerus verlor seinen Einsitz im Grossen Rat.

In Art. 3 wurde für alle Walliser Bürger die Gleichheit vor dem Gesetze erklärt und bestimmt, dass es im Wallis «kein Vorrecht» gebe. Die Rechtsgleichheit als Grundpostulat der Französischen Revolution war damit im Wallis erstmals ausdrücklich anerkannt. Die Verfassung gewährleistete weiter die persönliche Freiheit (Art. 4), das Petitionsrecht (Art. 5) und erstmals die Pressefreiheit (Art. 6), gegen die sich 1839 der Klerus noch erfolgreich gewehrt hatte. Weiter wurden für die Walliser die Niederlassungsfreiheit, die Handels- und Gewerbefreiheit und die Kunstfreiheit anerkannt (Art. 7). Art. 9 gewährleistete den ordentlichen Richter, Art. 10 die Unverletzlichkeit der Wohnung und Art. 11 das Eigentum, wobei Enteignungen im öffentlichen Nutzen gegen Entschädigung für zulässig erklärt wurden. Art. 12 gewährleistete das Verbot von ewigen und nicht loskäuflichen Grundzinsen. Die Gewaltentrennung war durchgeführt.

Die Urversammlung in den Gemeinden bestand nach Art. 49 aus den Bürgern oder Gemeindern sowie aus den seit zwei Jahren in der Gemeinde wohnhaften Kantonsbürgern. Neu wurde der Munizipalrat durch die Urversammlung gewählt (Art. 50). Damit war für die Walliser Bürger, die nicht an ihrem Bürgerort wohnten, die Mitsprache an ihrem Wohnort vorgesehen. Die politischen Rechte wurden nun am Wohnort ausgeübt. Die Bürger oder Gemeinder bildeten die Gemeindeversammlung; diese konnte auf Begehren einen Gemeinderat wählen (Art. 48 und 53). Die Gemeindeversammlung entsprach der heutigen Burgerversammlung, der Gemeinderat dem heutigen Burgerrat. Die Verfassung verwirklichte somit den Gemeindedualismus, die Munizipalgemeinde und die Burgerschaft (Burgergemeinde) waren getrennt. In den Gemeinden ohne Gemeinderat übte der Munizipalrat dessen Amtsverrichtungen aus (Art. 55). Das Gemeinderecht wurde im Gesetz vom 2. Juni 1851<sup>87</sup> über die Gemeindeverwaltung ausgeführt. Art. 3 des

---

86 Vgl. GS, Bd. 8, S. 27ff.

87 Vgl. GS, Bd. 8, S. 402ff.

Wahlgesetzes vom 2. Dezember 1851<sup>88</sup> erteilte auch den Schweizerbürgern in der Urversammlung das Stimmrecht, soweit es ihnen nach der Bundesverfassung von 1848 zustand. Art. 70 der Verfassung gewährte das Stimmrecht «unter dem Titel der Gegenseitigkeit» auch den Bürgern jener Mitstände, die das gleiche Recht den Wallisern bewilligten. Damit war den Schweizerbürgern in Angelegenheiten der Munizipalgemeinden und des Kantons das gleiche Stimm- und Wahlrecht zugesichert.

Der Munizipalrat wählte die Abgeordneten für den Bezirksrat (Art. 59). Die Bezirke waren bloss Verwaltungseinheiten. Nach Art. 24 des Wahlgesetzes vom 2. Dezember 1851 entsandte jeder Bezirk auf «tausend Seelen Bevölkerung» einen Gesandten auf den Grossen Rat. Die verhältnismässige Vertretung der Bezirke war somit auf Gesetzesstufe vorgesehen. Nach Art. 60 der Verfassung wurden die Abgeordneten an den Grossen Rat in jedem Bezirke unmittelbar durch die Wahlversammlungen ernannt; die Stimmabgabe geschah nach Art. 42 des Wahlgesetzes vom 2. Dezember 1851 mündlich. Das Wahlmännersystem wurde somit aufgegeben und für den Grossen Rat erstmals die direkte Volkswahl eingeführt, wodurch der Volkssouveränität (wenn auch noch nicht für den Staatsrat) erstmals voll Genüge getan war.

Art. 72 der Verfassung widerrief die seit dem 1. Mai 1844 und dem 30. November 1847 bezüglich der Politik erlassenen Gesetze, Dekrete und Beschlüsse. Es wurden also sowohl die nach der konservativen Revolution von 1844 als auch die nach der radikalen Umwälzung von 1847 erlassenen politischen Gesetze, mit denen Massnahmen gegen die Unterlegenen ergriffen wurden, aufgehoben. Beide Revolutionen sollten also überwunden werden. Mit der neuen Verfassung von 1848 setzten sich aber die Radikalen durch.

Das Referendumsrecht des Volkes, das die Verfassungen von 1839 und 1844 kannten, wurde aufgehoben. Statt dessen führte Art. 73 ein Initiativrecht auf Verfassungsrevision ein. Die Initiative konnte ausser vom Gossen Rat auch von 6000 Aktivbürgern ergriffen werden.

Art. 19 der Verfassung sah für die beständigen Einwohner eine erleichterte Einbürgerung vor. Am 29. Januar 1848 erliess der Grosse Rat gestützt darauf das Dekret in Betreff der Kantons-Einbürgerung der beständigen Einwohner.<sup>89</sup> Dieses sah die Einbürgerung gegen Bezahlung einer Gebühr

---

88 Vgl. GS, Bd. 8, S. 337ff.

89 Vgl. GS, Bd. 8, S. 59ff.

von 20 bis 300 Franken vor. Mit den Einbürgerungen wurde – als altes liberales Postulat – die Rechtsgleichheit der Bürger gesichert.

Mit Gesetzen vom 21. November 1850<sup>90</sup> und 2. Juni 1852<sup>91</sup> wurde die Loskäufligkeit der Weidgangsrechte sowie der Gülten, Zehnten und anderen Grundzinsen bestätigt und geregelt, womit die Eigentumsfreiheit gefördert wurde.

### *5. Überblick über die Entwicklung seit 1848*

Mit der Verfassung von 1848 und der ausführenden Gesetzgebung hatte das Wallis weitgehend seine heutige Organisation gefunden. Nachdem die Radikalen im Grossen Rat die Mehrheit wieder verloren hatten, kam es 1852 erneut zu einer Verfassungsrevision. In der Verfassung vom 23. Dezember 1852<sup>92</sup> blieb der Grundrechtskatalog unverändert (Art. 3ff.). Die verhältnismässige Vertretung der Bezirke im Grossen Rat war neu auf Verfassungsstufe (Art. 60) verankert, der Gemeindedualismus aus der Verfassung klar ersichtlich (Art. 48ff.). Die Volksabstimmungen fanden nun in den Gemeinden statt (Art. 59 Abs. 3); die früheren bezirksweisen Wahlversammlungen wurden aufgehoben. Art. 72 führte das obligatorische Volksreferendum für «jede Abänderung der Grundlage des Finanzsystems und jede Erhöhung des Steuerfusses» wieder ein. Das Initiativrecht für 6000 Aktivbürger blieb bestehen (Art. 74). Neu war ein Konkordat zur Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat vorgesehen (Art. 73). Nachdem die Konservativen 1857 wieder die Mehrheit erobert hatten, änderten sie die Verfassung nicht. Die liberalen Grundideen waren somit auch von den konservativen Kreisen, die sich nun politisch, wirtschaftlich und sozial öffneten, anerkannt.

Nach der Gesamtrevision der Bundesverfassung von 1874 wurde auch die Kantonsverfassung einer Revision unterzogen. Die Verfassung vom 26. November 1875 anerkannte neu die Vereins- und Versammlungsfreiheit (Art. 10) und die Lehrfreiheit an öffentlichen Schulen (Art. 11). Es wurde das obligatorische Finanzreferendum für grössere Ausgaben (Art. 15) und für die Gemeinde- und Burgerratswahlen die Proporzwahl als subsidiäres Wahlsystem eingeführt (Art. 87).

---

90 Vgl. GS, Bd. 8, S. 344ff.

91 Vgl. GS, Bd. 8, S. 529ff.

92 Vgl. GS, Bd. 8, S. 1ff.

Die Verfassung vom 8. März 1907<sup>93</sup> gewährleistete neu auch ausdrücklich die Meinungsäusserungsfreiheit (Art. 8) und führte das generelle obligatorische Gesetzesreferendum (Art. 30) und das Gesetzesinitiativrecht (Art. 31) ein. 1920 wurde das Proporzwahlverfahren für den Grossen Rat und die Volkswahl des Staatsrates und des Ständerates eingeführt (Art. 52, 84 und 85bis), 1969 wurde die Proporzwahl für die Gemeinde- und Burgerratswahlen zum primären Wahlsystem (Art. 87). Im Jahre 1970 erhielten die Frauen das Stimmrecht (Art. 88). 1972 wurden die römisch-katholische und die reformierte Kirche öffentlich-rechtlich anerkannt (Art. 2) und 1993 das obligatorische durch ein fakultatives Gesetzesreferendum ersetzt (Art. 30).

Im Jahre 1997 wurde erstmals ein Sozialdemokrat in den Staatsrat gewählt, 1998 erstmals ein freisinniger Walliser in den Bundesrat.

---

93 Vgl. dazu *Thomas Troger*, Die Geschichte der Verfassung des Kantons Wallis vom 8. März 1907, Diss. Freiburg 1987.